

Kommentar

Mehr Grundmittel!

Guido Speckmann über die Transparenzforderung bei Drittmitteln

Schön und gut. Auf »hochschulwatch.de« kann nun gezielt recherchiert werden, ob Konzerne, die auch mit Waffen Geschäfte machen, an deutschen Hochschulen Forschungsprojekte und Stiftungsprofessuren finanzieren oder Deutschlandstipendien an Studierende vergeben. Rheinmetall, Airbus und ThyssenKrupp zum Beispiel tun das. Was sich aber hinter einer Stiftungsprofessur für Werkstoffwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum im Einzelnen verbirgt, ist nicht so schnell ermittelbar.

Der Ruf der NGO Transparency International und der Gewerkschaft GEW nach klaren Regeln für die Annahme von Forschungsaufträgen und die Offenlegung fremdfinanzierter Projekte ist somit so richtig wie unzureichend. Richtig, weil man nur so einen genauen Überblick vor allem auch über den Inhalt der Forschungen bekommen kann. Unzureichend, weil der Einfluss der Wirtschaft insbesondere auf die MINT-Fächer dadurch lediglich festgestellt, nicht aber unterbunden wird. So kann selbst der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz sagen, der kritische Blick auf die Hochschulen sei völlig in Ordnung.

Die Transparenzforderung müsste somit durch eine Diskussion über die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen ergänzt werden. Und über die Dominanz des Glaubens an die Überlegenheit der Markt- und Wettbewerbssteuerung auch in der Hochschullandschaft. Denn beides bringt Unis und FHs erst in die Situation, zunehmend um Drittmittel und Stiftungsprofessuren werben zu müssen.

Bildungslexikon

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, die; Substantiv, feminin. Auf Grundlage des Art. 91b GG wurde 2007 mit dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) gegründet. Ihr Aufgabengebiet erfasst »alle Bund und Länder gemeinsam berührenden Fragen der Forschungsförderung, der wissenschafts- und forschungspolitischen Strategien und des Wissenschaftssystems«. Das Gremium setzt sich aus Vertretern von Wissenschaft und Forschung, Bildungs- und Finanzpolitik zusammen.

Hintergrund ist die föderale Struktur der Bundesrepublik. Bereits 1948 kam es zur Gründung der Kultusministerkonferenz. Der folgte 1949 das Königsteiner Staatsabkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen, das nach dem sogenannten Königsteiner Finanzschlüssel – errechnet aus dem Verhältnis Steueraufkommen und Bevölkerungszahl – die Höhe der Zuwendungen für außeruniversitärer Einrichtungen regelt, die von überregionaler Bedeutung sind und von den Ländern allein nicht getragen werden können. Seit 1976 wird dieser Schlüssel regelmäßig aktualisiert.

Nach der Verfassungsänderung 1969 wurde der Art. 91b GG Grundlage eines neuen Gremiums, der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK), die 2007 in die GWK überführt wurde. Zwischen 2008 und 2014 stieg das Finanzvolumen um 100 Prozent auf jährlich 13 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon gingen an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und -vorhaben sowie an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). lgn



Studium nach dem Discounter-Prinzip: Aldi-Hörsaal an der Fachhochschule in Wiesbaden

Foto: dpa/Frank May

Die Wirtschaft kauft sich ein

Auf der Internetseite »hochschulwatch.de« kann man recherchieren, welcher Konzern wie an welcher Uni engagiert ist. Von Guido Speckmann

Es ist das am häufigsten genannte Beispiel: An der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt (FHWS) müssen sich die Studierenden Vorlesungen in einem Hörsaal anhören, der nicht nur den Namen »Aldi-Süd« trägt, sondern vor dessen Eingängen auch unübersehbar das Logo des Lebensmittel-Discounters prangt. Die Fachhochschule lässt sich elf weitere Hörsäle von Firmen sponsern. So von Bosch, Brose, den Fränkischen Rohrwerken, Schaeffler und von der Sparkasse. Auf der Homepage heißt es dazu: »Als Gegenleistung räumt die FHWS den Sponsoren die Möglichkeit ein, als Partner zu fungieren, imagebildende Maßnahmen im Umfeld der FHWS wahrzunehmen und gewährt entsprechende werbliche Gegenleistungen.« Die FH Würzburg-Schweinfurt ist kein Einzelfall. Auch an anderen Hochschulen kommt es zum Verkauf der Namensrechte.

So wundert es nicht, dass Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International Deutschland, ihr Unbehagen darüber äußert, dass sich die Hochschulen Deutschlands in Werbeflächen verwandeln. Doch das ist nur der sichtbarste Ausdruck eines Prozesses, der viel tiefer greift. »Wir beobachten, dass zunehmend die Wertungsinteressen der Wirtschaft die

Lehre und auch die Forschung weitgehend bestimmen«, brachte Müller diesen auf den Punkt. Sie stellte am Dienstag in Berlin die Überarbeitung der von Transparency International und »taz« betriebenen Homepage »hochschulwatch.de« vor. Die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre, das alte Humboldt'sche Bildungsideal, würde hingegen ins Hintertreffen geraten.

Die von dem Recherche team von »hochschulwatch.de« aus frei verfügbaren Quellen sowie aus Anfragen zusammengetragenen Zahlen – insgesamt mehr als 9000 Datensätze – verdeutlichen das Ausmaß des zunehmenden Einflusses der Wirtschaft durch sogenannte Drittmittel. Gut 1,3 Milliarden Euro fließen derzeit pro Jahr aus der Wirtschaft an die Unis. Das ist eine Verdoppelung binnen zehn Jahren. Insgesamt ist die Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln gestiegen. 1990 warben deutsche Hochschulen 1,5 Milliarden Euro Drittmittel ein. 2001 hatte sich dieser Betrag verdoppelt und 2012 lag er bei 6,7 Milliarden Euro. Neuere Zahlen sind noch nicht bekannt. Etwa 20 Prozent der Drittmittel stammen von in der Regel größeren Konzernen, der Rest wird von staatlichen Stellen oder von der von Bund und Ländern finanzierten Deutschen Forschungsgemeinschaft bereitgestellt.

44 Prozent der gewerblichen Drittmittel werden laut »hochschulwatch.de« für Forschungsaufträge ausgegeben. Etwa ein Viertel fließt in Forschungsk Kooperationen und neun Prozent werden in Stiftungsprofessuren investiert. Von diesen gibt es derzeit rund 1000.

Was ist daran problematisch? Isabella Albert vom freien Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs) sagt: »Hochschulen werden immer weiter zu Produzenten von Arbeitskräften degradiert.« Und Andreas Keller, stellvertretender Vorsit-

»Hochschulen werden immer weiter zu Produzenten von Arbeitskräften degradiert.«

Isabella Albert, fzs

zender der Bildungsgewerkschaft GEW, warnt anlässlich der Präsentation der überarbeiteten Internetseite vor einem »Ausverkauf« an den Unis: »Immer mehr Stiftungslehrstühle, immer mehr Auftragsforschung – private Unternehmen versuchen, einen immer stärkeren Einfluss auf staatliche Universitäten und Fachhochschulen zu nehmen.«

Zwei Beispiele: 2006 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Bank und der Humboldt Universität sowie der Technischen Universität über die Gründung eines Instituts für Angewandte Finanzmathematik geschlossen. In ihm behielt sich die Bank Mitsprache in der Lehrkonzeption, Lehraufträge für Bankmitarbeiter, das Vetorecht bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sowie Werbe-rechte an den Unis vor. 2011 wurde der Vertrag publik. Die Absprache zwischen der Uni Köln und Bayer-Healthcare ist dagegen nach wie vor geheim – wie viele andere auch. Seit 2008 besteht ein Vertrag über die Förderung im Bereich der Krebsforschung und die Förderung von Doktoranden. Beide Seiten verweigern bis heute, weitere Informationen über den Inhalt der Absprache zu veröffentlichen.

Die Befürworter solcher Drittmittelprojekte bemühen zur Verteidigung das Wettbewerbsargument. Zur Forderung von »hochschulwatch.de«, die Verträge über Drittmittelprojekte generell öffentlich zu machen, sagt der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, gegenüber dpa: »Das geht an der Wirklichkeit vorbei.« Denn dann seien Entwicklungsideen »frühzeitig öffentlich und damit für das Unter-

nehmen im Wettbewerb verbrannt«. Auch folgendes Argument könnte man zur Verteidigung von Geld aus der Wirtschaft anführen. Was kann man zum Beispiel dagegen haben, wenn ein Windkraftunternehmen sich mit Geld an einer Uni »einkauft«, um die Forschung im Bereich erneuerbare Energien voranzubringen? Gib es nicht gute und schlechte Drittmittel? Studierendenvertreterin Albert hat dazu eine klare Meinung: Diesen Unterschied gebe es nicht. »Grundsätzlich bringen Drittmittel Universitäten in Konkurrenz zueinander«, kritisiert sie. Zudem würden Stiftungsprofessuren in der Regel nur fünf bis zehn Jahre von den Stiftern finanziert. Danach würden 65 Prozent aller Stiftungsprofessuren in den Haushalt der Hochschule übernommen, »wobei freie Stellen und Umschichtungen innerhalb der Fakultäten Voraussetzung sind«, heißt es auf »hochschulwatch.de«. Müller betont, dass es ihr nicht um eine Unterscheidung zwischen »gutem« und »schlechtem« Hochschulengagement von Wirtschaftsunternehmen gehe. Auch das Engagement der Windkraftbranche an der Fachhochschule Flensburg durch Stiftungsprofessuren sieht sie deshalb kritisch.

www.hochschulwatch.de

Bildungsrauschen

Zankapfel Drittmittel

Nachdem im letzten Jahr Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Transparenz bei Drittmittelprojekten der Hochschulen im Hochschulgesetz festgeschrieben haben, folgen nun Bremen und Niedersachsen. Es geht um Darlegung von Art, Umfang und Budget von Forschungsprojekten, die extern in Auftrag gegeben werden. Die Hochschulen reagieren verschlüsselt. Laut **spiegel.de** sieht die Uni Bremen durch den Gesetzgeber »vitale Interessen von Drittmittelgebern massiv beeinträchtigt«, da die Geheimhal-

tung von Kooperationen eigene Geschäftsinteressen vor der Konkurrenz schütze.

Auch User zeigen sich skeptisch. So schreibt *Brille000*: »Hochschulen sind auf Drittmittel angewiesen! Vom Land kommt ja so gut wie nichts. Papier und Toner kann man davon finanzieren. Kein Drittmittelgeber aus der Industrie wird Verständnis dafür haben, diese Sachen zu veröffentlichen. Schonmal was von Wettbewerb gehört? Erhielte ein Kontrollgremium diese Daten, könnte man damit leben.«

auweia findet: »Das kann man machen. Vielleicht nicht so detailliert wie vorgeschlagen, sondern eher summenmäßig zum Schutz der Forscher. Es wäre ein Schritt zu mehr Transparenz. Ein ganz anderer Punkt ist der Gesamtanteil der Drittmittel. Man muss sich darüber klar sein, dass es sich um Projektarbeit und den mit dem Projekt verbundenen Materialverbrauch finanziert und nur unwesentlich zum Erhalt der vorhandenen Infrastruktur beitragen. Diese Projekte brauchen Labors und müssen verwaltet werden. Es besteht die Gefahr, dass zu viele Drittmittel ohne angemessene Gemeinkostenpauschale sich auf die eigentliche, haushaltsfinanzierte Tätigkeit der

Institution negativ auswirkt.«

w.o. wendet ein: »Ich will schon wissen, worüber in den auch von meinen Steuergeldern bezahlten Instituten und von den verbeamteten Professoren geforscht wird und wer davon profitiert.« Und *diefreiheitdermeinung* bemerkt: »Wer keine Drittmittel will muss mehr Steuergeld bereitstellen. Und hat Bremen das Geld? Mitnichten!«

Auch **taz.de** nahm sich des Themas an und zitierte die niedersächsische Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic. »Wir erhoffen uns damit eine breite öffentliche Debatte darüber, welche Forschung an Hochschulen stattfinden darf und welche nicht.«

Damit spricht Heinen-Kljajic einen entscheidenden Punkt an.

Während z.B. Bremen eine verbindliche Zivilklausel mit ins Gesetz aufgenommen hat, verzichtete Niedersachsen auf solch eine Regelung. Allerdings seien die 21 Hochschulen bereit, »jeweils zum 31. März Daten zu Laufzeit, Auftraggeber und Summe ihrer von Dritten finanzierten Forschung ins Internet zu stellen«, verspricht die Ministerin. Allerdings bleibe es Auftraggebern freigestellt, sich und den Projektnamen zu veröffentlichen, sobald »vertraglich Vertraulichkeit vereinbart« worden sei.

Der User *Karlm* zeigt sich über diese Formulierung alles andere als amüsiert: »Dann gibt es halt »closed shop«-Veranstaltungen und eine Finanzierungsgesellschaft wird gegründet.« *Lena Tietgen*